

Große Anfrage

der Abgeordneten Paterna, Liedtke, Bernrath, Berschkeit, Kretkowski, Becker (Nienberge), Catenhusen, Fischer (Homburg), Grunenberg, Hansen (Hamburg), Ibrügger, Dr. Jens, Dr. Kübler, Meininghaus, Nagel, Roth, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Vosen, Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Unternehmenspolitik der Deutschen Bundespost

Bundesminister Schwarz-Schilling hat ein wirtschaftlich gesundes, öffentlich sehr geschätztes Unternehmen Deutsche Bundespost übernommen. Der letzte Jahresabschluß und das vorausgeschätzte Wirtschaftsergebnis 1986 erwecken den Eindruck, der Bundespostminister habe dieses Erbe gut verwaltet. Dieser Eindruck ist nachweislich falsch:

- Amtliche Unterlagen beweisen, daß die Leistungs- und Kostenrechnung für das Gesamtunternehmen bereits im laufenden Jahr 1986 eine Kostenunterdeckung ausweist und daß sogar das Fernmeldewesen in spätestens drei Jahren in die roten Zahlen gerät.
- Neue Fernmeldedienste wie Bildschirmtext scheitern bis auf weiteres an falschen Prognosen über Nachfrage am Markt und verfehlten Einführungsstrategien.
- Die Breitbandverkabelung, mit der der Bundespostminister unternehmensfremde medienpolitische Ziele verfolgt, wird allein bis Mitte der 90er Jahre bei gleichbleibender Investitionsstrategie zu Defiziten von ca. 15 Mrd. DM führen.
- Eine Analyse seiner öffentlichen Erklärungen beweist, daß der Bundespostminister – abgesehen von seinen medienpolitischen Ambitionen – seine Aufmerksamkeit unkritisch auf modische Neuheiten (z. B. schnurloses Telefon) und Angebote für wenige (z. B. Autotelefonnetz C) konzentriert und darüber die traditionellen Dienste des Fernmelde- und insbesondere des Postwesens für alle Bürger vernachlässigt.
- Den Personalhaushalt betrachtet der Bundespostminister ganz überwiegend ohne Rücksicht auf die katastrophale Arbeitsmarktlage, ohne Rücksicht auf Qualitätsansprüche der Kunden und Anforderungen der Zukunft nur unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten; hektische Verschlechterung

der Personalbemessungswerte, verminderte Qualitätsvorgaben für das Leistungsangebot und ungenügend vorbereitete Änderungsverordnungen haben teilweise zu Überlastungen geführt, dem Personal viel von seiner Motivation genommen und der DBP schweren Schaden im öffentlichen Ansehen zugefügt.

- Statt mit seinen eigenen Fachleuten und mit den Personalvertretungen ein zukunftsorientiertes Konzept für die Brief-, Paket- und Bankdienste zu entwickeln, hat der Bundespostminister durch Auftragsvergabe an externe Gutachter versucht, sich ein Alibi für vierjähriges Nichtstun zu schaffen. Obwohl sich die Empfehlungen dieser Gutachter inzwischen als weitgehend unbrauchbar erwiesen haben, sind durch sie Vorurteile gegenüber der DBP in der Öffentlichkeit und Besorgnisse des Personals über bevorstehende Privatisierungen und drastischen Personalabbau verstärkt worden.
- Regierungsinterne Kontroversen über das Ausmaß der Privatisierung bisher öffentlicher Dienstleistungen sind mit der Einsetzung einer „hochrangigen Regierungskommission“ bis über das Ende der Legislaturperiode hinaus weitgehend verschleiert worden. Faktisch ist aber die Aufgabe des Beförderungsvorbehalts im Briefdienst und vor allem der alleinigen Trägerschaft für die Fernmeldenetze sowie die schrittweise Aufgabe von Dienstleistungen in Wettbewerbsbereichen eingeleitet worden.
- Der Bundespostminister hat durch fortgesetzte Konzentrationsprozesse in postinternen Strukturen und Serviceangeboten die Bedienungsqualität für die Kunden insbesondere in ländlichen Räumen verschlechtert.
- Der Bundespostminister verharmlost die mit neuen Übertragungs- und Datenverarbeitungstechniken verbundenen Probleme beim Schutz personenbezogener Daten der Beschäftigten und Kunden; er vermindert damit die Akzeptanz neuer Dienste und gefährdet den bisher unbeschädigten Ruf der DBP, das Post- und Fernmeldegeheimnis dem Verfassungsauftrag entsprechend zu schützen.
- Der Bundespostminister hat durch Strategien, die zur Kampfunfähigkeit der zuständigen Gewerkschaft führen sollen, und durch immer restriktivere Auslegung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Personalräte bewirkt, daß das Vertrauensverhältnis zwischen den Tarifparteien nachhaltig gestört und die Leistungsfähigkeit des Unternehmens gemindert ist.
- Der Bundespostminister hat durch seine öffentlich vielfach kritisierten privatwirtschaftlichen Betätigungen in der Projektgesellschaft für Kabelkommunikation und als Geschäftsführer der Firma „Sonnenschein“ vor Übernahme des Ministeramts den Ruf des von ihm geführten Unternehmens zusätzlich geschädigt; weitergehende politische Risiken sind angesichts schwebender Gerichtsverfahren unkalkulierbar.

Angesicht dieser negativen Bilanz und besorgniserregender Zukunftsperspektiven halten wir eine umfassende Bewertung der Unternehmenspolitik des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen durch die Bundesregierung für dringend geboten und fragen:

1. Wie definiert die Bundesregierung den gemeinwirtschaftlichen, struktur-, verkehrs-, wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Auftrag der Deutschen Bundespost als öffentliches Unternehmen?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der SPD, daß die Deutsche Bundespost (DBP) Aufgaben der Daseinsvorsorge für alle Bürger wahrzunehmen hat, und zwar flächendeckend unter gleichen Bedingungen für alle Post- und Fernmeldekunden, als einheitliche Betriebsverwaltung mit den Möglichkeiten eines internen Kostenausgleichs? Wenn ja, wie definiert sie diese Aufgaben, und welche Folgerungen zieht sie daraus für die Monopol- und Wettbewerbsbereiche, die Investitions- und Gebührenpolitik?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der SPD, daß die Bereiche des Post-, Bank- und Fernmeldewesens weiter in einer, und zwar im Angebot gegenüber den Kunden stärker als bisher integrierten öffentlichen Betriebsverwaltung organisiert bleiben sollten, und welche Möglichkeiten und Grenzen sieht sie in der stärkeren Integration der verschiedenen Dienstzweige, im internen Finanzausgleich, in der Stärkung gegenüber privatwirtschaftlichen Konkurrenten und in der Abwehr von Privatisierungsbestrebungen?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die Stellungnahme des Sachverständigen für das Finanzwesen im Postverwaltungsrat zu den Haushaltsvoranschlägen der Jahre 1983 bis 1986, und wie bewertet sie die Basisdaten der DBP (u. a. Schuldenstand, Eigenkapitalanteil, Gewinn und Verlust) in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1989 mit und ohne Gebührenerhöhungen?
5. Wie haben sich die Kostendeckungsgrade in den einzelnen Teildienstzweigen des Post- und Fernmeldewesens seit 1983 entwickelt, wie wird die mittelfristige weitere Entwicklung prognostiziert, aufgrund welcher Annahmen werden diese Prognosen erstellt und wie werden sie bewertet?
6. Welche größeren Aufträge hat das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen seit 1983 an externe Gutachter zu welchen Kosten vergeben, welche Anschlußaufträge sind bis zum Ende der Legislaturperiode in Aussicht genommen, und welche konkreten Entscheidungen sind nach Auswertung der Gutachterempfehlungen getroffen worden bzw. bis Ende 1986 zu erwarten?
7. Welche Vorschläge der Deutschen Postgewerkschaft zur Verbesserung und Erweiterung des Dienstleistungsangebots liegen seit 1983 dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen vor, welche Gespräche sind wann zu welchen

Themen geführt worden, und welche dieser Vorschläge sind realisiert worden bzw. zur Verwirklichung vorgesehen?

8. In welchem Umfang sind seit 1983 Zentralisierungsmaßnahmen in den verwaltungsinternen Strukturen und im Dienstleistungsangebot gegenüber den Kunden fortgesetzt worden, obwohl der Bundespostminister öffentlich wiederholt Dezentralisierungsmaßnahmen für wünschenswert erklärt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung insbesondere im Hinblick auf Umfang und Qualität der Angebote an Dienstleistungen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen der DBP im allgemeinen und in ländlichen Räumen im besonderen?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Möglichkeiten und Grenzen der Tarifpartnerschaft zwischen der Deutschen Postgewerkschaft und der Unternehmensführung der DBP sowie der Mitbestimmungs und Mitwirkungsmöglichkeiten der Personalräte auf den verschiedenen Ebenen, und wie beurteilt die Bundesregierung die diesbezügliche Praxis?
10. In welchem Umfang sind Rationalisierungsvorhaben seit 1983 durchgeführt, eingeleitet oder geplant worden? Wie und in welchem Maße wurden bei der Entscheidung über Rationalisierungsvorhaben Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere auf strukturschwache Gebiete, und auf die Massenarbeitslosigkeit allgemein berücksichtigt? Wie wirken sich diese Maßnahmen auf die Anzahl, Bewertung und Qualität der Arbeitsplätze sowie auf die Bedienungsqualität gegenüber den Kunden der Deutschen Bundespost aus, und inwieweit wurden die Betroffenen in die Entscheidungsprozesse einbezogen?
11. In welchen Bereichen hat das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen seit 1983 Personalbemessungen verändert, und wie hoch ist der Verlust an Arbeitsplätzen aufgrund dieser Neubemessungen rechnerisch, gleiche Verkehrszahlen angenommen?
12. Wie hoch war der Arbeitskräftebedarf der DBP in den einzelnen Jahren 1983 bis 1986 aufgrund der jeweils geltenden Bemessungsvorgaben? In welchem Umfang wurden die Anmeldungen der Ämter, OPDen und Abteilungen des BPM berücksichtigt, und wie hoch war ggf. der unterdrückte Personalbedarf? Wie hoch waren die Haushaltsansätze in dem jeweiligen Haushaltsjahr und der tatsächliche Arbeitskräfteeinsatz im jeweiligen Jahresmittel? Sind bei der DBP derzeit alle durch Personalbemessung nachgewiesenen Arbeitsplätze besetzt, und wenn nein, wie viele nicht und aus welchen Gründen? Was sieht die Personalplanung bis 1994 vor?
13. Wie hat sich der prozentuale Anteil der Beschäftigten bei der DBP nach männlichen und weiblichen Beschäftigten – unterteilt nach Laufbahngruppen –, nach Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie nach Vollzeitkräften, Teilzeitkräften

oberhalb und unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze, befristeten Arbeitsverhältnissen und Abrufkräften in den einzelnen Jahren seit 1983 entwickelt, und wie hoch war der jeweilige Anteil im Schichtdienst?

14. Wie hat sich seit 1983 die Beschäftigungsquote für Behinderte entwickelt, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß auch in Zukunft nicht nur die Mindestquote von 6 % bei der DBP erfüllt wird, sondern darüber hinaus möglichst vielen Behinderten eine Eingliederung in die Arbeitswelt ermöglicht wird? Wie haben sich die personengebundenen Bemessungszuschläge für nicht voll arbeitsfähige Kräfte, die nicht als Schwerbehinderte anerkannt sind, entwickelt?
15. Wie haben sich seit 1983 der Krankenstand, die Zahl der Arbeits- und Dienstunfälle und die Zahl der Berufs- und Erwerbsunfähigen bei der DBP entwickelt? Wie hoch ist der Anteil von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die über 50 Jahre alt sind, am Gesamtpersonalbestand? Wie bewertet die Bundesregierung diese Zahlen?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung Umfang und Qualität der Erstausbildung und der Weiterbildung des Personals der Deutschen Bundespost hinsichtlich der Aufgabe, sich auf raschere Veränderungen im Nachfrageverhalten bei Postdiensten und beschleunigte Innovation in den Nachrichten- und Datentechniken einzustellen? Von welchen Ausbildungs- und Einstellungsquoten geht die DBP für die einzelnen Beschäftigungsgruppen in den nächsten fünf Jahren aus?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorbereitung der Postbediensteten durch das Bundesministerium auf geänderte Verordnungen und neue Dienstleistungen und die Koordination bei neuen Leistungs- und Geräteangeboten der DBP mit der Zulieferindustrie?
18. Hält es die Bundesregierung für angebracht, das Kreditwesengesetz zu ändern, um der DBP ein erweitertes Betätigungsfeld zu eröffnen, und wenn nein, welche Angebote der DBP hält die Bundesregierung im Rahmen der geltenden Gesetze für möglich bzw. für wirtschaftspolitisch erwünscht, um die Marktposition der DBP bei den Geld-, Giro- und Bankdiensten zu verbessern? Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Banken, die Bankdienste der DBP gehörten nicht zum grundgesetzlich geschützten Bereich und würden in unzulässigem Maße subventioniert?
19. Wie beurteilt die Bundesregierung die sich ständig verschlechternde Wettbewerbssituation der DBP im Vergleich zum Werksverkehr und zu privaten Konkurrenten in den Paketdiensten, und welche Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und welche strategischen Unternehmenskonzepte der DBP hält sie für erfolgversprechend, um die Kostenunterdeckung bei der Post in diesem Dienstzweig zu vermindern und den Verkehrsanteil zu erhöhen?
20. Wie haben sich die erbrachten Transport- und Verkehrslei-

stungen bei der Postbeförderung und im Beschaffungswesen durch Bundesbahn, Kraftfahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe in den letzten Jahren entwickelt, und welche Verkehrsanteile hält die Bundesregierung aus übergeordneten – insbesondere umweltpolitischen – Zielsetzungen bei der DBP für anstrebenswert?

21. Welche Anlageinvestitionen sind mittelfristig bei den einzelnen Titeln insbesondere der Gruppe 41 vorgesehen, und welche Einnahmeerwartungen werden diesen Titeln zugeordnet?
22. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die DBP mit ihrem großem Auftragsvolumen eine entscheidende Bedeutung für die Erforschung, Entwicklung und Einführung neuer Technologien in der Bundesrepublik Deutschland hat und damit eine Schlüsselfunktion zur Erhaltung und Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einnimmt, und welche Aufträge an die deutsche Wirtschaft hat die DBP für die nächsten fünf Jahre im Bereich der Hochtechnologien geplant?
23. Welche Großaufträge (über 100 Mio. DM) hat die DBP seit 1983 für Hochtechnologie-Beschaffungen vergeben, und in welcher Relation dazu stehen Ausgaben und Innovationswirkungen der Kupferbreitband-Verteilverkabelung?
24. Durch welche Beschaffungsvorgänge und Aktivitäten in internationalen Normungsgremien hat die Deutsche Bundespost die Durchsetzung des OSI-Standards gefördert, um die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere westeuropäischer Computer-Hersteller im Vergleich zu IBM-orientierten Standards zu stärken?
25. In welcher Weise fördert die Bundesregierung Forschung und Entwicklung bezüglich des hochauflösenden Fernsehens (HDTV), in welcher Weise berücksichtigt sie bereits jetzt zukünftige Einführungsstrategien, um die Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Unterhaltungselektronik-Industrie gegenüber Japan zu stärken, und welche Rolle spielt die DBP in diesem Zusammenhang?
26. Welche eigenen Vorschläge wird die Bundesregierung der „Hochrangigen Kommission“ bezüglich der alleinigen Netzträgerschaft der DBP und deren Beteiligung am Endgeräte-markt, bezüglich der Normungs- und Zulassungskompetenz im Fernmeldewesen machen? Teilt die Bundesregierung die im Bundeswirtschaftsministerium vertretene Auffassung, daß sich die DBP vom Endgerätemarkt vollständig zurückziehen soll und auch eine „Liberalisierung“ in der Netzträgerschaft wünschenswert wäre?
27. Welche Änderungen und Ergänzungen in internen Dienstansweisungen, im Ordnungsrecht und der Vertragsgestaltung sind seit 1983 erfolgt, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung in absehbarer Zeit für realisierbar, um den Kun-

den der DBP einen zeitgemäßen Verbraucherschutz zu bieten?

28. Welche Regelungen hält die Bundesregierung für notwendig, um der durch neue Vermittlungstechniken, Netzintegration, neue Dienste und Anwendungen wachsenden Gefahr beim Schutz personenbezogener Daten der Kunden und Mitarbeiter zu begegnen? Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Tatsache, daß die Beauftragten für den Datenschutz die vom Postministerium vorgesehenen einschlägigen Regelungen in der Telekommunikationsordnung für völlig unzureichend halten, gemessen an der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts?

Bonn, den 21. April 1986

Paterna
Liedtke
Bernrath
Berschkeit
Kretkowski
Becker (Nienberge)
Catenhusen
Fischer (Homburg)
Grunenberg
Hansen (Hamburg)
Ibrügger
Dr. Jens
Dr. Kübler
Meininghaus
Nagel
Roth
Stahl (Kempen)
Stockleben
Vahlberg
Vosen
Wolfram (Recklinghausen)
Dr. Vogel und Fraktion

